

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Barden, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Wäberwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Ercheinungswort: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei des Haus halbjährlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Feiertagsnummer 15 Pf.) — Alle Postämter, sowie unsere Zeitungsverleger n. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindegeldverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 48 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., breite Anzeigen 20 Pf., die 50 mm breite Reklamazeile (im Textteil) 70 Pf. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 260

Sonntag, den 6. November 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

Im württembergischen Landtag wandte sich Staatspräsident Bazille in scharfer Form gegen die Zerstückelung der Länder. Der Absolutismus des Reichstags, der Ausgaben bewilligt, ohne nach Deckung zu fragen, trage die Schuld an den finanziellen Schwierigkeiten.

Im Wiener Nationalrat betonte der Redner der Großdeutschen, Abg. Dr. Hampel, daß eine wirkliche Sanierung Oesterreichs nur durch den Anschluß an Deutschland erreicht werden könne.

Das Heinkelflugzeug D 1220 hat die 1680 Kilometer lange Strecke Vissalon—Agora in 9 Stunden 35 Minuten zurückgelegt. Die Landung bei Horta erfolgte glatt um 4 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Politische Wochenschau.

Das Memorandum des Reparationsagenten Parker Gilbert hat, wie zu erwarten war, Ausprägungen und Maßnahmen zur Folge gehabt, die über den Tag und den aktuellen Anlaß hinaus Bedeutung haben werden. Die Reichsregierung will Vorkehrungen treffen, daß die Verbindung zwischen den amtlichen Stellen und dem Reparationsagenten in Zukunft inniger gestaltet werde, so daß etwa auftauchende Bedenken und Schwierigkeiten geklärt werden können, bevor die Auseinandersetzungen sich in so peinlicher Weise zuspitzen, wie es jetzt leider der Fall gewesen ist. Dabei darf man wohl die Erwartung aussprechen, daß diese Stelle ihre Tätigkeit nicht darauf beschränken wird, Fragen und Anregungen des Reparationsagenten zu beantworten, sondern aus eigener Initiative auch die Punkte zur Diskussion stellen wird, in denen für Deutschland der Kern des Dames-Problems liegt. Herr Parker Gilbert hat darüber zu wachen, daß die Ansprüche seiner Auftraggeber sichergestellt bleiben. Das ist seine Pflicht und niemand wird ihm einen Vorwurf daraus machen können, wenn er sie nach bestem Gewissen erfüllt. Die deutsche Reichsregierung aber hat darüber zu wachen, daß auch die deutschen Ansprüche aus dem Dawes-Abkommen volle Berücksichtigung finden. Sie sind in dem grundlegenden Satz des Abkommens ausgesprochen, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der anderen Kulturnationen sinken dürfe. Wenn die Regierung der Ueberzeugung ist, daß gewisse Ausgaben nötig sind, um ein solches Abstimmen zu verhindern, und wenn trotzdem der Reparationsagent seine Forderungen durch solche Ausgaben gefährdet glaubt, so ist der Augenblick gekommen, wo die praktische Undurchführbarkeit des Dawesplanes nachgewiesen ist und seine Unterzeichner nach neuen oder veränderten Wegen in gegenseitigem Zusammenarbeiten suchen müssen. Die Reichsregierung will das Memorandum des Reparationsagenten zusammen mit ihrer Antwort veröffentlichen. Wir warten ab, ob dieser Gesichtspunkt des Schutzes lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes darin hinreichend zum Ausdruck kommt.

Die Auseinandersetzungen mit dem Reparationsagenten haben in der Erledigung der schwebenden gesetzgeberischen Arbeiten Verzögerungen zur Folge gehabt, die im Interesse der Sache bedauerlich werden müssen. Insbesondere hat die Beratung der Besoldungsreform im Hauptauschuß des Reichstages bisher nur geringe Fortschritte gemacht. Es liegt eine Reihe von halbamtlichen Erklärungen vor, nach denen man an der vorgeschlagenen Neuregelung der Besoldungsfragen festhalten gedenkt. Wenn das wirklich die Absicht aller beteiligten Stellen ist, so wäre zu wünschen, daß durch die Art der Behandlung der Vorlage auch der Schein einer Verschiebungstatistik vermieden wird. Keinesfalls gilt von den Beratungen des Bildungsausschusses über das Reichsschulgesetz. Hier versucht die Linke ihrer Opposition gegen den Reubellischen Entwurf durch ständiges Betonen der Kostenfrage einen neuen Auftrieb zu geben. Es muß immer wieder betont werden, daß die Kosten der Schulreform dadurch am besten niedrig gehalten werden können, daß man Änderungen der vorhandenen Schulsysteme, soweit irgend möglich, vermeidet. Die dem Gedanken trägt der Reubellische Entwurf dadurch Rechnung, daß er bestehende Schularten grundsätzlich beibehalten und nur auf Antrag Änderungen eintreten lassen will. Der demokratische Vorschlag, zunächst erst einmal alle bestehenden Volksschulen — und das sind mehr als drei Viertel aller

preussischen Volksschulen — in Simultanschulen umzuwandeln, um dann alsbald wieder ihre Rückumwandlungen in Volksschulen vorzunehmen, ist mit dem von der gleichen Seite betonten Gedanken der Sparsamkeit nicht zu vereinigen.

Bedeutungsvolle Beschlüsse sind auch in dem dritten dem Reichstag vorliegenden Gesetzgebungswert, dem neuen Strafgesetzbuch, in der letzten Woche gefaßt worden. Der Reichstagsauschuß lehnte die Anträge auf Abschaffung der Todes- und der Zuchthausstrafe ab. Niemand wird die Todesstrafe als ein an sich wünschenswertes Strafmittel bezeichnen. Die Frage aber, ob man diese Straform beibehalten soll oder nicht, kann nicht vom Standpunkt der Theorie, sondern nur von dem des Rechtsschutzbedürfnisses des Volkes aus beurteilt werden. Man wird nicht bestreiten können, daß dies Schutzbedürfnis in der Gegenwart eher größer als geringer geworden ist. Die Zahlen der Kriminalstatistik sprechen in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Es kann heute auf den Gedanken der Vergeltung und Abschreckung als Motiv der Strafmesung überall dort noch nicht verzichtet werden, wo die Hoffnung, durch die Strafe bessernd zu wirken, nicht vorhanden ist.

Das Memorandum des Reparationsagenten.

Der „Berl. Börsen-Courier“ ist merkwürdigerweise in der Lage, einen Auszug aus der Denkschrift zu veröffentlichen. Eine amtliche Information über den Inhalt des Memorandums liegt noch nicht vor. Wie das Wolffsbureau erfahren hat, soll der Auszug manche unvollständigen und unzulänglichen Informationen enthalten. Man muß sich deshalb jeden Urteils enthalten, bis der authentische Text vorliegt.

Nach dem genannten Blatte wäre der Inhalt etwa folgender:

Der Reparationsagent verweist mit besonderem Nachdruck auf den Appell Dr. Köhlers zur Sparsamkeit und seinen Hinweis auf die Notjahre, in denen Deutschland stehe. Er stellt die Frage, ob die Handlungen des Reichsfinanzministers seiner Mahnung zur Sparsamkeit entsprochen hätten und versucht, in einem längeren Rückblick darzulegen, daß Worte und Taten des Reichsfinanzministers in manchen Dingen nicht in Einklang zu bringen seien. Er erwähnt in diesem Zusammenhang den Finanzausgleich und den Briefwechsel, den er während der parlamentarischen Verhandlungen über den Finanzausgleich mit Dr. Köhler führte und befaßt sich noch einmal und weit gründlicher als bisher mit der Frage, dem Problem „Reich und Länder“. Der Reparationsagent ist aber der Meinung, daß die Länder auf Kosten des Reiches eine zu große Ausgabenwirtschaft treiben und daß das Reich dieser Ausgabenwirtschaft nicht mit genügender Energie entgegen-trete.

Die Denkschrift Parker Gilberts umfaßt etwa dreißig Seiten. Er beginnt darin mit einem Hinweis auf die Rede des Reichsfinanzministers, die dieser gleich zu Beginn seines Amtsantritts als Staatsredner im Reichstag gehalten hat. Gilbert erhebt im weiteren Verlauf seiner Denkschrift zwar keinen Einspruch gegen das Liquidationsgesetz an sich, aber er macht erneut auf seinen Hinweis aufmerksam, daß er den Verkauf von Eisenbahnvorzugsaktien im Ausland als durchaus unerwünscht ansehen müsse und daß eine gegenläufige Haltung nicht ohne Einfluß auf den internationalen Geldmarkt bleiben dürfte. Er erhebt auch keinen Einspruch gegen die Besoldungsordnung an sich, aber er weist auf die Gefahren hin, die der deutschen Finanzwirtschaft durch die dauernde Mehrbelastung eines Betrages erwachsen müßte, der von amtlicher Seite selbst mit fast 1,5 Milliarden in Anspruch gebracht werde. Die Bedenken Parker Gilberts beruhen im wesentlichen auf dem Zweifel, ob das Reich in der Lage sei, die Ausgaben, die es noch in diesem Jahre, wenn auch zur Not, tragen könne, in den kommenden Normaljahren des Reparationsplanes aufzubringen.

In diesem Zusammenhang verweist Parker Gilbert auch auf das Schulgesetz, dessen finanzielle Auswirkungen nach seiner Meinung nicht ohne Einfluß auf die deutsche Finanzgebarung bleiben dürften.

Mit scharfer Schärfe wendet sich dann der Reparationsagent gegen die Anleihepolitik der Länder und Gemeinden. Im jeden Verdacht einer Einmischung in die deutsche Gesetzgebung von sich zu weisen, gebrauchte der Reparationsagent auffallend oft den Hinweis, daß er, wenn ihm auch die rechtliche Unterlage für seine Warnungen fehle, es nicht mit seinen Pflichten vereinbaren könne, mit geschlo-

nen Augen an der Gesetzgebung des Deutschen Reiches vorbeizugehen. In der Antwort der Reichsregierung geht der Reichsfinanzminister den Einwänden des Reparationsagenten Punkt für Punkt nach und bringt erneut zum Ausdruck, daß die Befürchtungen des Reparationsagenten in Bezug auf eine vorsichtige Finanzwirtschaft und Finanzgesetzgebung des Deutschen Reiches unbegründet seien. Auch in Zukunft werde das Deutsche Reich alles tun, was im Sinne einer loyalen Erfüllung der Reparationsverpflichtungen notwendig sei. Deutschland habe auch bisher alle seine Reparationsverpflichtungen, und das werde von der Reparationskommission häufig festgestellt, in loyaler Weise erfüllt.

Tiefgehende Erregung hat in den letzten Tagen die Art ausgelebt, wie die Frage der Reubefegung des deutschen Botschafterpostens in Washington vorgenommen ist. Die lange Verzögerung der Angelegenheit zusammen mit den zahlreichen sich ständig widersprechenden Berichten über die beabsichtigte Lösung machte den denkbar ungünstigsten Eindruck. Recht bestreulich aber ist das schlechte Ergebnis. Unter Uebergehung sämtlicher Befehle wurde der Botschafter v. Britz mit diesem wichtigsten Posten des deutschen diplomatischen Außendienstes betraut. Man gerbricht sich vergeblich den Kopf darüber, welche Verdienste oder Erfolge diese ungewöhnliche Auswahl rechtfertigen könnten. Die Mitgliedschaft bei der Demokratischen Partei und die Tatsache, daß er sich im November 1918 in einem Aufruf zu den Gedanken der Revolution und zur Vergesellschaftung des Privatkapitals bekannte, sprechen vielleicht für seine geistige und gesinnungsmäßige Elastizität, aber doch nicht unbedingt für seine Zielsicherheit und Festigkeit. Die Pressestimmen zeigen, daß der neue Mann in Washington auf ein festes Fundament in der Heimat nicht zu rechnen hat. Ob man in Amerika größeres Verständnis für ihn haben wird, kann erst die Zukunft lehren.

Württembergische Staatspräsidenten. Stuttgart, 4. Nov. Bei der allgemeinen Aussprache über den Haushaltsplan für 1928 erklärte Staatspräsident Dr. Bazille auf die Ausführungen eines Oppositionsredners, der Vorwurf, daß die gegenwärtige Regierung (Württemberg hat seit mehreren Jahren eine Rechtsregierung) abgewirtschaftet habe, sei in jeder Beziehung falsch. Württemberg habe unstrittig die besten Finanzen von allen deutschen Ländern und auch die geringste Arbeitslosigkeit. Die Regierung habe keine einseitige Wirtschaftspolitik getrieben und dem Landtage auch sorgfältig vorbereitete Gesetze vorgelegt. Die Regierung habe außerdem die Realsteuern gesenkt. Die Demokraten hätten auf dem Hamburger Parteitag eine Zerstückelung der Länder proklamiert. In dieser Beziehung bestebe sogar eine Einheitsfront von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei.

Durch die Befestigung der Länder werde fast gar nichts geparkt und an der Lage der Steuerzahler so gut wie nichts geändert. Die Verschiedenheit von Nord und Süd werde dazu führen, daß Süddeutschland ganz ins Hintertreffen komme. Das Wohl des württembergischen Volkes gehe über die Parteidisziplin. Preußen erhebe die höchsten Steuern in Deutschland. Die Zusammenlegung von Württemberg, Baden und der Pfalz zu einem Landesarbeitsbezirk würde der württembergischen Wirtschaft sehr bis sieben Millionen Mark mehr kosten, als wenn Württemberg für sich allein ein Landesarbeitsamt hätte.

In wenigen Wochen habe der Reichstag das Budget um 600 Millionen erhöht, ohne nach Deckung zu fragen. In diesem Absolutismus des Reichstages liege die Wurzel aller Uebel, nicht in der Existenz der Länder. Am meisten sparten die Länder, am wenigsten das Reich und die großen Städte.

Zum tschechoslowakischen Eisenbahnerstreik. Prag, 4. Nov. Das „Prager Tagblatt“ vom 4. November meldet über den Kampf der Eisenbahner: In der Nacht auf heute wurde in den Bahnhöfen der Kohlenreviere und den wichtigsten Rangierbahnhöfen die „Arbeit streng nach den Vorschriften“ begonnen. Der Personerverkehr ist hiervon vorläufig ausgenommen. Eine Verspätung in größerem Ausmaß wird von den Lastzügen gemeldet. Die Personenzüge kommen teils richtig an, teils mit einer Verspätung bis zu 30 Minuten, doch erwartet man die Auswertung der Vorgänge erst in der Nacht.

Das Blatt meldet weiter von einer Kundgebung der Exekutive an die Eisenbahner und an die Öffentlichkeit, in